

7.15 Feststellung der Beschlussfähigkeit/Beschlussunfähigkeit

Stand: 31.3.2022

In der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (§ 45) ist festgelegt: „Der Bundestag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder im Sitzungssaal anwesend ist.“ Wenn der Eindruck entsteht, dass dieses nicht der Fall ist, kann eine Fraktion oder von anwesenden fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages vor Beginn einer Abstimmung die Beschlussfähigkeit bezweifeln. Der amtierende Präsident stellt entweder die Beschlussfähigkeit fest oder er prüft diese durch zählen der Stimmen.

Statistische Übersicht der Feststellung der Beschlussfähigkeit/Beschlussunfähigkeit

Die folgende Statistik enthält die Zahl der Fälle,

- in denen die Beschlussfähigkeit bezweifelt wurde,
- in denen versucht wurde, die Beschlussunfähigkeit herbeizuführen (durch „Exodus“, d. h. Auszug aus dem Plenarsaal),
- in denen insgesamt die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit aufgehoben wurde, also einschließlich der Fälle, in denen sich die Beschlussunfähigkeit bei einer namentlichen Abstimmung oder bei einer Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) ergab.

	12. WP 1990– 1994	13. WP 1994– 1998	14. WP 1998– 2002	15. WP 2002– 2005	16. WP 2005– 2009	17. WP 2009– 2013	18. WP 2013– 2017	19. WP 2017– 2021
Anzahl der Fälle, in denen die Beschlussfähigkeit bezweifelt wurde	1	3	0	1	3	1	0	7
– dabei Beschlussunfähigkeit festgestellt	1	0	0	1	1	1	0	4
– dabei Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt	0	3	0	0	1	0	0	3
– anderweitige Erledigung (Sitzung vertagt)	0	0	0	0	1	0	0	0
Feststellung der Beschlussunfähigkeit, ohne dass die Beschlussfähigkeit bezweifelt wurde	0	0	0	0	1	1	0	0
Versuche, die Beschlussunfähigkeit durch Auszug aus dem Plenum („Exodus“) herbeizuführen	0	0	0	1	0	1	0	1
– dadurch Beschlussunfähigkeit festgestellt	0	0	0	1	0	1	0	0
– dadurch Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt	0	0	0	0	0	0	0	1
Aufhebung der Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit (Fälle insgesamt)	1	0	0	1	2	2	0	4

Chronologisches Verzeichnis der Feststellung der Beschlussfähigkeit/Beschlussunfähigkeit

12. Wahlperiode (1990–1994)

Lfd. Nr.	Fundstelle im Stenografischen Bericht	Darstellung des Falles/ Gegenstand (Tagesordnungspunkt)
1	PlPr 12/242, S. 21531 D vom 7.9.1994	Beratung des Abschlussberichtes des Treuhand-Untersuchungsausschusses. Der Abg. <i>Struck</i> (SPD) beantragt, den Tagesordnungspunkt für heute abzusetzen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen; gleichzeitig beantragt er, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Nach 16minütiger Unterbrechung der Sitzung ergibt die Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussunfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung aufgehoben wird. (Die SPD-Fraktion konnte auf diese Weise durchsetzen, dass noch eine weitere Plenarsitzung vor dem Ende der Wahlperiode stattfindet).

13. Wahlperiode (1994–1998)

Lfd. Nr.	Fundstelle im Stenografischen Bericht	Darstellung des Falles/ Gegenstand (Tagesordnungspunkt)
1	PlPr 13/61, S. 5135 D vom 12.10.1995	Beratung der Großen Anfrage zur Entwicklung und Stand der Arbeitszeitflexibilisierung in Deutschland. Die Abg. <i>Fuchs</i> (Verl) (SPD) beantragt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Vizepräsident <i>Hirsch</i> stellt ohne Zählung der Stimmen fest, dass mehr als ein Viertel der gesetzlichen Mitglieder anwesend sind und lt. § 45 Abs. 4 der GOBT die Beschlussfähigkeit für die Debatte gegeben ist.
2	PlPr 13/200, S. 18091 D vom 30.10.1997	Erste Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch Kinder ausländischer Eltern. Die Abg. <i>Baumeister</i> (CDU/CSU) beantragt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Bei der Abstimmung über den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit in Verbindung mit dem Antrag der Fraktion B 90/GR, dem Innenausschuss eine bestimmte Frist zu setzen, wird nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussfähigkeit des Hauses festgestellt.

Lfd. Nr.	Fundstelle im Stenografischen Bericht	Darstellung des Falles/ Gegenstand (Tagesordnungspunkt)
3	PlPr 13./213, S. 19476 A vom 15. 1.1998	Aktuelle Stunde betr. Erklärung des Bundeskanzlers, dass eine Halbierung der Arbeitslosenzahl bis zum Jahre 2000 nicht mehr zu erreichen sei. Der Abg. <i>Schwalbe</i> (CDU/CSU) beantragt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Die Abstimmung über den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit erfolgt in Verbindung mit dem Antrag auf Herbeirufung des Bundeskanzlers und ergibt nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussfähigkeit des Hauses.

14. Wahlperiode (1998–2002)

Lfd. Nr.	Fundstelle im Stenografischen Bericht	Darstellung des Falles/ Gegenstand (Tagesordnungspunkt)
—	—	—

15. Wahlperiode (2002–2005)

Lfd. Nr.	Fundstelle im Stenografischen Bericht	Darstellung des Falles/ Gegenstand (Tagesordnungspunkt)
1	PlPr 15/96, S. 8587 D vom 10.3.2004	Beratung einer nachträglichen Überweisung des Entwurfes eines Treibhausgesetz-Emmissionshandelsgesetzes gemäß § 96 GOBT an den Haushaltsausschuss. Die Abg. <i>Hauer</i> (SPD) beantragt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Bei der Abstimmung über den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit in Verbindung mit der Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der CDU/CSU wird nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussunfähigkeit des Hauses festgestellt. Die Fraktion der SPD entzieht sich der Zählung der Stimmen („Exodus“). Daraufhin wird die Sitzung aufgehoben.

16. Wahlperiode (2005–2009)

Lfd. Nr.	Fundstelle im Stenografischen Bericht	Darstellung des Falles/ Gegenstand (Tagesordnungspunkt)
1	PIPr 16/36, S. 3181 D vom 19.5.2006	Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines Steueränderungsgesetzes 2007 (Drs. 16/1545). Der Abg. <i>Volker Beck</i> (Köln) (B 90/GR) beantragt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Bei der Abstimmung über den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit in Verbindung mit der Abstimmung über Geschäftsordnungsantrag des Abg. <i>Volker Beck</i> (Köln) (B90/GR) zur Herbeirufung des Bundesministers der Finanzen wird nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussunfähigkeit des Hauses festgestellt. Daraufhin wird die Sitzung aufgehoben.
2	PIPr 16/88, S. 8914 B vom 22.3.2007	Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht (Drs. 16/1993) Bezweiflung der Beschlussfähigkeit durch die Fraktion DIE LINKE. Feststellung der Beschlussfähigkeit durch den Sitzungsvorstand ohne Zählung der Stimmen.
3	PIPr 16/95, S. 9748 B vom 27.4.2007	Beratung des Antrages der Fraktion der FDP „Sofortprogramm für mehr Kinderbetreuung“ (Drs. 16/5114). Bei der Abstimmung über den Antrag der Abg. <i>Schewe-Gerigk</i> (B 90/GR) zur Herbeirufung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend <i>Ursula von der Leyen</i> wird nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussunfähigkeit des Hauses festgestellt. Daraufhin wird die Sitzung aufgehoben.
4	PIPr 16/162, S. 17072 C vom 28.5.2008	Fragestunde. Beratung der Frage der Abg. <i>Stokar von Neuform</i> (B 90/GR), welchen Handlungsbedarf die Bundesregierung angesichts des Umstandes sieht, dass die Deutsche Telekom AG Verbindungsdaten von Telefonaten ihrer Mitarbeiter mit Journalisten ausgewertet haben soll? Die Abg. <i>Gleicke</i> (SPD) beantragt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Bei der Abstimmung über den Antrag von B 90/GR zur Herbeirufung eines Bundesministers zur Beantwortung der Frage wird die Beschlussfähigkeit des Hauses in Frage gestellt. Nachdem der Herbeirufung eines Bundesministers zugestimmt wird, zieht die Abg. <i>Gleicke</i> (SPD) den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit zurück.

17. Wahlperiode (2009–2013)

Lfd. Nr.	Fundstelle im Stenografischen Bericht	Darstellung des Falles/ Gegenstand (Tagesordnungspunkt)
1	PlPr 17/185, S. 22216 C vom 15.6.2012,	Beratung von Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie zu dem Antrag der Fraktionen SPD und B 90/GR „Presse-Grosso gesetzlich verankern“ (Drs. 17/8923, 179989) In Verbindung mit der Abstimmung wird nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussunfähigkeit festgestellt. Die Fraktion der SPD entzieht sich der Zählung der Stimmen („Exodus“). Daraufhin wird die Sitzung aufgehoben.
2	PlPr 17/243, S. 30826 D vom 6.6.2013	Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP sowie der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung der Sicherstellung des Notdienstes von Apotheken (Apothekennotdienstsicherstellungsgesetz – ANSG) (Drs. 17/13081, 17/13403, 17/13769). Der Abg. Jörn Wunderlich (DIE LINKE.) beantragt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. In Verbindung mit der Abstimmung zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung auf Drs. 17/13769 wird nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussunfähigkeit festgestellt. Daraufhin wird die Sitzung aufgehoben.

18. Wahlperiode (2013–2017)

Keine Bezweiflung der Beschlussfähigkeit.

19. Wahlperiode (2017–2021)

Lfd. Nr.	Fundstelle im Stenografischen Bericht	Darstellung des Falles/ Gegenstand (Tagesordnungspunkt)
1	PlPr 19/7, S. 619 B, 621 A vom 18.1.2018	Beratung des Antrags der Fraktion der FDP „Unwürdige Tiertransporte stoppen“ (Drs. 19/435) sowie Beratung des Antrags der Fraktion B 90/GR „Moratorium für Tiertransporte in außereuropäische Länder aussprechen“ (Drs. 19/448). Bezweiflung der Beschlussfähigkeit durch die Fraktion der AfD. In Verbindung mit der Abstimmung über die Überweisung der Vorlagen auf Drs. 19/435 und 19/448 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse wird nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) Beschlussunfähigkeit festgestellt. Daraufhin wird die Sitzung aufgehoben.

Lfd. Nr.	Fundstelle im Stenografischen Bericht	Darstellung des Falles/ Gegenstand (Tagesordnungspunkt)
2	PlPr 19/43, S. 4523 B vom 29.6.2018,	Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. „Geldwäsche und Terrorfinanzierung in Deutschland wirksam bekämpfen – Financial Intelligence Unit befähigen“ (Drs. 19/2592). Vor Beginn der Abstimmung wird von der Fraktion DIE LINKE. gemäß § 45 Absatz 2 GO-BT die Beschlussfähigkeit des Bundestages bezweifelt. In Verbindung mit der Abstimmung über die Überweisung der Vorlage auf Drs. 19/2592 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse wird nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussunfähigkeit festgestellt. Daraufhin wird die Sitzung aufgehoben.
3	PlPr 19/56, S. 6239 D vom 12.10.2018	Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (Drs. 19/4726) sowie Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. „Informationsrechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken – Behörden effektiv zur Auskunft verpflichtet“ (Drs. 19/4830). Vor Beginn der Abstimmung wird von der Fraktion der AfD gemäß § 45 Absatz 2 GO-BT die Beschlussfähigkeit des Bundestages bezweifelt. In Verbindung mit der Abstimmung über die Überweisung der Vorlagen auf Drs. 19/4726 und 19/4830 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse wird nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussunfähigkeit festgestellt. Daraufhin wird die Sitzung aufgehoben.
4	PlPr 19/72, S. 8472 B vom 14.12.2018	Beratung des Antrags der Fraktion der FDP „Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher für Deutschland als führenden Standort internationaler Wissenschaft, Forschung und Innovation gewinnen und halten“ (Drs. 19/5077); Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. „Prekäre Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft wirksam bekämpfen“ (Drs. 19/6420); Beratung des Antrags der Fraktion B 90/GR „Ein weltoffenes Land für freie Wissenschaft“ (Drs. 19/6426); Beratung des Antrags der Fraktion der AfD „Wissenschaftlichem Nachwuchs in Deutschland eine Perspektive geben“ (Drs. 19/6424). Vor Beginn der Abstimmung wird von der Fraktion der AfD gemäß § 45 Absatz 2 GO-BT die Beschlussfähigkeit des Bundestages bezweifelt. In Verbindung mit der Abstimmung über die Überweisung der Vorlagen auf Drs. 19/5077, 19/6420, 19/6426 und 19/6424 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse wird nach Zählung der Stimmen („Hammelsprung“) die Beschlussfähigkeit festgestellt. Die Fraktion der AfD entzieht sich der Zählung der Stimmen („Exodus“).

Lfd. Nr.	Fundstelle im Stenografischen Bericht	Darstellung des Falles/ Gegenstand (Tagesordnungspunkt)
5	PlPr 19/104 S. 12738 D vom 6.6.2019	Zweite und Dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes (Drs. 19/9478) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (Drs. 19/10691) Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (Drs. 19/10698) Vor Beginn der Abstimmung wird vom Abg. <i>Roland Hartwig</i> (AfD) die Beschlussfähigkeit des Bundestages bezweifelt. Im Einvernehmen mit den Schriftführern stellt Vizepräsident <i>Wolfgang Kubici</i> (FDP) die Beschlussfähigkeit ohne Auszählung der Stimmen fest.
6	PlPr 19/107, S. 13294 D vom 27.6.2019	Zweite und Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Drs. 19/4674, 19/5414, 19/5647 Nr. 12, 19/11181) sowie Zweite und Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 im Strafverfahren sowie zur Anpassung datenschutzrechtlicher Bestimmungen an die Verordnung (EU) 2016/679 (Drs. 19/4671, 19/5554, 19/5993 Nr. 4, 19/11190). Vor Beginn der Abstimmung wird vom Abg. <i>Jürgen Braun</i> (AfD) die Beschlussfähigkeit des Bundestages bezweifelt. Im Einvernehmen mit den Schriftführern stellt Vizepräsidentin <i>Claudia Roth</i> (B 90/GR) die Beschlussfähigkeit ohne Auszählung der Stimmen fest.
7	PlPr 19/124, S. 15475 B vom 7.11.2019	Zweite und Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/692 des Europäischen Parlamentes und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt (Drs. 19/13443, 19/14285, 19/14495) und Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss) (Drs. 19/14878) Vor Beginn der Abstimmung wird vom Abg. <i>Götz Frömming</i> (AfD) die Beschlussfähigkeit des Hauses bezweifelt. Nach namentlicher Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/13443 mit 133 abgegebenen Stimmkarten wird Beschlussunfähigkeit festgestellt. Daraufhin wird die Sitzung aufgehoben.

Quelle: Verwaltung Deutscher Bundestag, Referat Parlamentsrecht

□ Angaben für den Zeitraum bis 1990 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 8.19.